

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Bremen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strassand,
in Münster bei H. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Zösener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 610.

Das Abonnement auf dieses täglich zwei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Zösener 12 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Freitag, 31. August.

Annahme-Bureau,
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. F. Daube & Co., Haarlestein & Vogler, Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendenk“.

1883.

Amtliches.

Berlin, 30. August. Der bisherige Provinzial-Steuer-Sekretär Friedrich Adam Paul Zander aus Altona ist zum Geheimen revisorischen Kalkulator bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs ernannt worden.

Dem bisherigen Direktor des Fürstlich lippeischen Gymnasiums in Detmold, Dr. Thiele, ist die Direktion des Gymnasiums in Ratisbon übertragen worden.

Bei dem Gymnasium Josephinum zu Hildesheim ist der ordentliche Lehrer Düker zum Oberlehrer befördert worden.

Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Franz Arens zu Schmallenberg ist zum Kreis-Physikus des Kreises Eifelzern ernannt worden.

Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Paul Banselow zu Schlewe ist zum Kreis-Physikus des Kreises Schlewe ernannt worden.

Der praktische Arzt Dr. med. Hermann Schwienhorst zu Lingen ist zum Kreis-Physikus des Kreises Wittgenstein ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

Außerordentliche Session 1883.

2. Sitzung.

Berlin, 30. August. Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Burchard, v. Schelling.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reich und Spanien.

Das Wort erhält zunächst

Abg. Hänzl: Der Abschluss des Handelsvertrages ist von allen Seiten, besonders den Interessentenfreien, mit Genugthuung begrüßt worden. Es muß auch mit Genugthuung erfüllt, mit einem Lande wie Spanien Handelsbeziehungen, die aber droben, abgebrochen zu werden, wieder gefügt und bestätigt zu sehen. Nicht blos diesem allgemeinen Gesichtspunkte, sondern auch dem Inhalte dieses Vertrages stehen wir durchaus sympathisch gegenüber; denn er liegt in der Richtung unserer früheren, jetzt leider verlaufenen und bestandenen Handelspolitik. (Sehr richtig! links.) Es ist mit ein Irrthum, zu glauben, daß wir der Konvention & liminis feindlich gegenüberstehen und auf seine Vermerkung hinzuwirken Ursache hätten. Wir haben auch keineswegs ein Interesse an der Beweisung der Vorlage an eine Kommission; eine solche ist bei Vertretern in der Regel unfruchtbare. Sollte aber die Spritzenlauf eine kommissarische Vorberatung notwendig machen, so würden wir auch darauf eingehen. Jeder nicht unmittelbar Interessente muß vor dieser Klausel ein Gefühl des Eels empfinden. Es soll dadurch ein kleiner Interessentenkreis in seiner legitimten Spekulation geschädigt werden zu Gunsten eines anderen Interessentenkreises innerhalb des eigenen deutschen Reiches. Wir meinen, die deutsche Arbeit muß die gleiche Würdigung empfangen, mag sie sich im Hamburger Freihafengebiet betätigten oder bei den östlichen Spiritusfabrikanten, darum bedauern wir die Klausel und befinden uns damit in Übereinstimmung mit der Regierung, welche in den Motiven erklärt, nur dem Zwange nachgegeben zu haben, weil die spanische Regierung von dieser Klausel das Zustandekommen des Vertrages abhängig gemacht habe. Die Motive sagen, daß Spanien dieses Verfahren nicht blos Deutschland gegenüber, sondern allgemein einhalten werde. Die spanische Regierung ist also bona fide verpflichtet, wenn sie sich nicht eines Wortbruchs schuldig machen will, auch den schwedischen und norwegischen rektifizierten Spiritus in gleicher Weise zu behandeln, wie den aus dem Hamburger Freihafengebiet stammenden. Nichtsdestoweniger bildet diese Beschränkung ein bedenkliches und gefährliches Prädilex. Höchst bedenklisch ist es, wenn es von der einseitigen Erklärung irgend einer anderen Vertragsmacht abhängt, welche Definition sie dem Begriffe der nationalen Produktion geben will. Muß man die Klausel zugestehen, so ist es jedenfalls schiefhaft, sie in das Nebenprotokoll aufzunehmen und damit eine einseitige Erklärung als rechtsgültig anzuerkennen. Diese Bedenken könnten stark genug sein, den ganzen Vertrag daran scheitern zu lassen; jedenfalls aber müssen wir wenigstens genügende Erklärungen von der Regierung über die Aufnahme dieser Klausel fordern, oder vielleicht versuchen, der spanischen Regierung nochmals die nähere Erwähnung dieser schädigenden Klausel anhennenzugeben. Wäre die Haltung der Hamburger Regierung eine andere gewesen, wäre der mit Hamburg bestehende Vertrag bona fide angewendet worden, so wäre die Reichsregierung gar nicht in der Lage gewesen, diese Spritzenlauf anzunehmen. Hamburg hat aber auf seine Rechte verzichtet, weil es die ihm aus dem Vertrage erwachsenden Vorteile für groß genug hielt, um die Interessen der Spiritusfabrikanten zu opfern. — Sonst wäre Deutschland nicht in der Lage gewesen, einen spanischen Handelsvertrag mit einem Wortbruch gegen eine Bundesregierung zu erläutern. Um so weniger können wir an diese Klausel das Schicksal des ganzen Vertrages hängen. Wir werden daher zunächst zwar gegen die Klausel stimmen, machen aber die Annahme des ganzen Vertrages nicht davon abhängig. Sollte derselbe zu einer schweren Beeinträchtigung der Hamburger Interessen führen, so ist nicht die Reichsregierung und das Parlament dafür verantwortlich, sondern der Hamburger Senat. (Sehr richtig! links.) Ein zweiter komplizierender Punkt ist die Bekanntmachung vom 9. August d. J., die formell ohne Zweifel eine Verfassungsverletzung ist. Es wäre auch äußerlich würdig gewesen, hätte die Reichsregierung offen und ganz anerkannt, daß diese Bekanntmachung eine Verfassungsverletzung, einen Einbruch in das konstitutionelle Recht des Reichstags enthält. (Sehr richtig! links.) Dieses Recht beruht auf demselben Grunde, wie die Rechte des Kaisers und des Bundesrates; wer es angreift, setzt das Recht aller Faktoren des Reichs bis zu seiner höchsten Spitze in Frage. Motiviert wird dieser Einbruch in unsere Rechte mit der Unbequemlichkeit für die Reichstagsmitglieder, im Hochsommer zu tagen, und mit den Wünschen der Interessenten. Sind diese Gründe ausreichend für eine Verfassungsverletzung? (Gelächter links.) Woher weiß die Regierung, daß es uns unbequemer ist, vier Wochen früher hier zu tagen, als jetzt? Die Regierung gerade müßte einseitige Interessen zurückdrängen, wenn sie Verfassungswidrige Ansprüche erhebe. Weiter beruft man sich auf das Indemnitätssverfahren, welches „tatsächlich in anderen Staaten besteht.“ Was sind das für Staaten? In Frankreich, England, Belgien, Italien ist überall das parlamentarische Regime anerkannt, dort kann das Recht des Parla-

ments durch Klage zur Geltung gebracht werden, und wer gegen die Verfassung verstößt, ist dafür wiflich verantwortlich und kann notfalls mit Strafe dafür zur Rechenschaft gezogen werden; bei solchen Garantien kann man leichter über derartige Bedenken hinweggehen. Trotzdem giebt es in allen diesen Staaten keine Präzedenz für die Erlassung eines Gesetzes ohne Zustimmung des Parlaments. In Preußen ist nach Art. 63 der Verfassung eine Gesetzesolympirung nur möglich, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befreiung eines ungewöhnlichen Notstandes sie dringend erfordern, und es muß der König selbst die Verordnung erlassen, und das gesamte Ministerium gegenezeichnet. Ähnlich ist die Gesetzgebung von Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, Sachsen-Weimar. Keiner der Herren vom Bundesrat würde es gewagt haben, eine derartige Verordnung nach seiner partikularen Verfassung zu erlassen. Jetzt sitzen die Herren zusammen, jetzt handelt es sich um die Reichsverfassung, da sind die Herren zu haben. (Heiterkeit und Bravo! links.) Wenn der Bundesrat mit solcher Bedeutung derartige Dinge zu vertreten bereit ist und auf seine unverantwortliche Verantwortlichkeit nimmt, (Heiterkeit), dann wird der Bundesrat genau dasselbe Niveau erreichen, wie sein Vorgänger der Bundestag; dasselbe Niveau der Achtung, an dem dieser Bundestag zu Grunde gegangen ist, würde auch dem Bundesrat zu Theil. (Sehr wahr! links.) — Der Vertrag mit Österreich im Jahre 1873 ist nicht als Präzedenzfall anzusehen. Wir wissen recht gut, daß damals zur vorläufigen Inkraftsetzung des Vertrags eine Notwendigkeit vorlag. Es müßte auch jetzt der Beweis eines wahren Notstandes für die Interessen des Volkes erbracht werden, daß nämlich eine frühere Einberufung des Reichstags unmöglich war. Eine solche Notlage lag damals mit dem österreichischen Vertrag vor, damit derselbe am 1. Januar 1879 in Kraft treten konnte. Da waren die Motive der Regierung offen und würdig. Was könnte in dem jetzigen Fall allein zur Entschuldigung dienen? Es sind dafür Gründe der Nützlichkeit und der Oportunität angegeben worden. Welches aber waren diese Gründe? Man vertrödelte ganze vier Wochen die Sache, bis am 9. August die Verordnung erschien und 8 Tage darauf wurde doch noch der Reichstag berufen. Wer nun, meine Herren, in diesem ganzen Apparat einer solchen Diskussion eine Geschicklichkeit entdecken kann, die man doch als einzige Rechtfertigung gelassen lassen könnte, den bediene ich um seinen Mut. Es ist weder die Notlage noch die Nützlichkeit gerechtfertigt, es ist die vollommene Planlosigkeit, die diese ganze Entwicklung beherrscht hat, ganz blindlings, ohne jede Überlegung ist man verfahren. Und nun glaubt die Regierung, zu diesem Verfahren einfach die Genehmigung zu erhalten. M. V., ich muß wirklich sagen, daß dies gegen die klare juristische Lage verstößt. Wohl soll eine solche Behandlung des Reichstags führen? Sind wir etwa in der politischen Situation, daß wir das Vertrauen begen dürfen, daß, wenn wir derartigen Verlusten nicht auf's Entschiedenste entgegentreten, künftig unsere Verfassung mit mehr Achtung behandelt wird? Schritt für Schritt sucht man unsere verfassungsmäßigen Rechte einzuhängen. Es ist unsere Pflicht, ein scharfes Wort gegen solche Maßregeln zu sprechen. (Lebhafte Bravo! links.)

Hamburgerischer Bevollmächtigter zum Bundesrat, Senator Dr. Verwmann: Der Herr Abgeordnete Hänzl hat ausgesetzt, daß der Vertrag gegen die berechtigten Interessen Hamburgs verstößt. Ich bin dagegen durchaus nicht im Zweifel, auf welcher Seite die Rechte stand. Der Herr Vorredner, muß ich sagen, hat sich eigentlich noch in dem Gedankenkreis bewegt, welcher die Diskussion beherrscht hat, bevor die Erklärungen der Regierung gegeben sind. Diese Erklärungen haben ja seiner Zeit dem Hamburger Senat vorgelegen, welcher darnach seine Haltung geregelt hat. Spanien hat seine Interessen klar und gegeben, wonach Hamburg das geforderte Opfer auferlegt werden mußte. Und der Hamburger Senat hat der ausdrücklichen Erklärung gegenüber, daß ohne dieses Opfer der Vertrag nichtig gewesen sein würde, seine Zustimmung zu demselben ertheilt in der Anerkennung, daß es sich um die Interessen von ganz Deutschland handle, gegen welche die eines einzelnen Staates zurückstehen müssen. (Bravo! links.)

Schatzsekretär Burchard: Ich hatte gehofft, daß nach der Erklärung der Regierung eine ruhigere Ausschaffung Platz greifen würde. Zu meinem Bedauern ist das nicht der Fall. Ich muß die gegen das Verfahren der Regierung gefallenen Ausdrücke mit Entscheidlichkeit zurückweisen. Ich möchte nun auf die Gründe zu der provisorischen Bekanntmachung näher eingehen, von der gesagt wird, sie sei überflüssig gewesen. Sie können überzeugt sein, daß der Vertrag der Regierung sehr beschäftigt hat. Es war von der deutschen Regierung in Russland genommen worden, mit Spanien einen Vertrag auf dem Grunde der Rechtsbeginnungen abzuschließen. Da Spanien hierauf nicht eingegangen, so mußte die Regierung sich die Frage stellen, was soll geschehen, um den Vertrag in einer für die gesamten Interessen zweckmäßigen Weise in Kraft treten zu lassen? Es wurde gefordert, daß das schon bis zum 15. August geschehen solle. Wäre es nun zweckmäßig gewesen, deshalb den Reichstag sofort zu berufen? Selbst wenn dies am Anfang August geschehen wäre, wäre der Vertrag nicht bis zum 15. perfekt geworden. Und dann war Rücksicht zu nehmen auf die Mitglieder, auf die letzte lange Session und auf die Ernte. Jede andere Rücksicht als auf den Reichstag lag der Regierung bei ihrer Bekanntmachung fern. Der Abg. Hänzl findet die Gründe dazu nicht so klar, wie bei dem österreichischen Vertrag vom Jahre 1873. Da bemerkte ich doch, daß derselbe ohne die Zustimmung des Reichstags sogar ratifiziert wurde, vorbehaltlich der gegebenen Genehmigung durch den Reichstag. Dieser Vorgang geht noch viel weiter. Es ist keine Indemnität verlangt worden. Der Reichstag hat die Vorlage in ruhiger Weise behandelt, es ist kein einziger Vorwurf gegen die Regierung erhoben worden, der Abgeordnete Delbrück hatte sogar Worte lebhafter Anerkennung. Es hat der Regierung auch diesmal fern gelegen, die Rechte des Reichstags zu beschränken, ihr gab allein die Rücksicht auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens die erste Richtschnur. Ich glaube, daß das Verhalten der Regierung nicht nur entschuldbar, sondern sogar vollkommen gerechtfertigt ist. Die Regierung hat Abstand genommen, sich Spanien gegenüber zu verpflichten, indem sie sich darauf beschränkte, nur die Zollermäßigung in Wirklichkeit zu setzen. — Was die Spirituslauf betrifft, so beruhen die Worte des Abg. Hänzl zum Theil auf einer Verleumdung der inneren Bedeutung und der Tragweite der Frage. Als der Vertrag entworfen war, wurde auch die Bedeutung dieser Klausel erörtert. Spanien hat den Anspruch, daß der russische Spiritus nicht frei gegeben wird. In Spanien macht man keinen Unterschied zwischen rektifizierten und nicht rektifizierten Spiritus. An dieser Sachlage hält Spanien fest, und wollte, daß, wenn Spiritus nach Spanien eingeschafft wird, dieser

in Deutschland hergestellt sein muß. Wir waren nicht in der Lage, die Berechtigung dazu in Zweifel zu ziehen. Wenn wir uns darüber nicht verständigt hätten, so würde später Spanien autonom dieselbe Bestimmung ins Leben haben treten lassen. Gehen wir von dieser Ausschaffung aus, so möchte sich der „Eel“, von dem der Abg. Hänzl sprach, doch wesentlich verringern. Hamburg ist durch die Klausel in seiner Weise schlechter gestellt worden, als das übrige Deutschland; sie nimmt ihm nur einen Vorteil, den es früher voraus gehabt. Die gesamte Industrie wird die Beschlüsse des Vertrages, die von den verbliebenen Regierungen einstimmig gefaßt worden sind, sicher mit Freuden begrüßen.

Staatssekretär von Schelling: Der Herr Abg. Hänzl hat die Form des Vertrages als eine unüberlegte bezeichnet, er hat gemeint, daßgegen das Recht des Reichstags wahren zu müssen. Ich glaube den Herrn Redner vollkommen beruhigen zu können. Wenn, wie anzunehmen, das hohe Haus den Vertrag genehmigt, so wird, wie im Jahre 1878, eine Bekanntmachung des Herrn Reichstanzlers gegeben werden, wodurch dann dem Rechtsbedürfnis vollkommen Genüge geschehen sein wird.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Der Vertrag enthält wesentliche Zollermäßigungen für Luxusfrüchte, Rosinen, Trauben etc. Durch die vorläufige Inkraftsetzung des Vertrages, die, wie ich anerkenne, in der besten Absicht erfolgt sein mag, sind nun nicht un wesentliche Nachtheile für zahlreiche Interessenten erwachsen. Wenn ich auch nicht wünsche, daß besondere Beschlüsse hierüber gefaßt werden, so möchte ich doch bitten, auf, in der Kommission diese Angelegenheit erörtert wird und von der Regierung die Möglichkeit erwogen werde, ob sie vielleicht eine Entschädigung in einzelnen Fällen eintreten zu lassen geneigt sei.

Staatssekretär v. Burchard: Die betreffenden Bestimmungen sind auf ausdrücklichen Wunsch der spanischen Regierung aufgenommen und wenn auch die Regierung nicht prinzipiell sich gegen jede Entschädigung erklären würde, so könnte sie doch eine solche nur in ganz ausnahmsweise Fällen eintreten lassen.

Abg. Dr. Bamberg: Ich plaudre für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Wie sich Herr Reichensperger zu diesem Antrage schließlich stellen wird, habe ich aus seinen Ausführungen nicht mit Sicherheit entnehmen können. Es handelt sich hier um keine Parteifrage, und ich kann vorweg erklären, daß ich dem Vertrage im Großen und Ganzen vollständig günstig gegenüber stehe. Die Wege, welche die verbliebenen Regierungen jetzt mit den Handelsverträgen gehen, sind vollständig die Wege der sogenannten Freihändler, und wir können uns Glück wünschen, daß wir uns Schritt für Schritt immer mehr wieder dem Ideale der Handelsverträge nähern. Ich wünsche die kommissarische Vorberatung nicht, um dem Vertrage Hindernisse zu bereiten, sondern nur, um kleine Wünsche nach Bedenken, nach Thunlichkeit zu berücksichtigen. Zwar erklärt sich die Presse im Interesse der schleunigen Erledigung der Angelegenheit gegen eine Kommissionsberatung, aber ich meine, wir sollten uns dagegen vermehren, daß die Presse gewissermaßen die Führung unserer Geschäfte übernimmt. Die Gründungsbotschaft gibt zu erkennen, daß die in der Presse zum Ausdruck gekommene öffentliche Meinung die Regierung vermoht hätte, die Frage der Indemnität und der sofortigen Einberufung des Reichstages aufzuwerfen. Ich wünschte, daß auch in anderen Fällen diese Presse und namentlich die liberale Presse in ähnlicher Weise berücksichtigt werden möchte. Ich habe keinen Grund, die staatsrechtlichen Auseinandersetzungen des Abg. Hänzl abzuschwächen und will nur erklären, wie die Reichsregierung in dies Dilemma geraten ist. Als die Verhandlungen mit Spanien nach vielen Marken und Teilschen zu Ende gekommen und man endlich etwas fertig gebracht hatte, hat man sich gerettet, daß der Handelsvertrag gelungen war. In dieser Freude hat man es mit der Verfassungsfrage ziemlich leger genommen. Ich sehe hier nur ein Culpa, während der Abg. Hänzl Dolus zu sehen scheint. Als die Frage schließlich an den Reichstanzler selbst kam, saß er sich, was habt ich davon, wenn ich die Verfassung verleihe? (Heiterkeit links.) Ich werde das Opfer bringen und den Reichstag einberufen. Praktisch interessanter ist die Frage, warum es so lange gedauert, bis der Vertrag zu Stande gekommen ist. Für mich liegt der Grund darin, daß unsere Handelspolitik in Händen ist, die nicht berufen sind, die Handelsinteressen des deutschen Reiches richtig zu vertreten. (Sehr richtig, links.) Die Schwierigkeiten bei Abschluß des Vertrages sind eine Folge unserer Schutzpolitis. Der Vertrag enthält so viele zweifelhafte Punkte, daß ich eine Kommissionsberatung dringend für angezeigt halte. Zu meiner Befriedigung hat die Reichsregierung sich dem Gedanken genähert gegenüber denjenigen Ländern, mit denen wir kein Vertragsverhältnis haben, also namentlich der Türkei und Griechenland, keine Differenzen einzuführen. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein solcher Vertrag nur abgeschlossen werden kann in der Form eines nach den Vorschriften der Reichsverfassung emanirten Gesetzes. Zur Auflösung für uns Alle wird es jedenfalls dienen, wenn wir den Vertrag in einer Kommission durchberaten, und ich bitte den Abg. Reichensperger, seinen Einfluß in diesem Sinne auch auf seine politischen Gründe geltend zu machen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Frege (Deutschland): Ich habe zunächst den verbliebenen Regierungen meinen Dank für das Zustandekommen des Vertrages auszusprechen. Abg. Hänzl glaubte in der gestern gehörten Eröffnungsrede Unklarheiten zu entdecken; aber klarer und offener kann eine Darlegung gar nicht sein. Er beweist damit einen Mangel an Vertrauen, der einer solchen Kundgebung gegenüber gar nicht angebracht ist. Auch die Bedenken des Abg. Bamberg sind hinfällig; es ist im Vertrage ausdrücklich gefragt, daß Spanien die gleiche Behandlung des Spiritus auch allen anderen Vertragsmächten gegenüber eintreten lassen wird. Deutschland konnte Spanien nicht ungünstigere Bedingungen stellen, als Italien gegenüber, und ferner ist zu bedenken, daß Spanien vorher mit Österreich-Ungarn, Frankreich, Schweden und Norwegen Abkommen getroffen hat, welche den deutschen Handel schwer geschädigt hätten, wenn es nicht zu diesem Vertrage gekommen wäre. Leider hat man völlig der Kornindustrien bei dem Vertrage vergessen, die doch mindestens ebenso viel Anspruch auf Berücksichtigung haben, als die Hamburger Spiritusfabrikanten. Ich hoffe, daß es der Reichsregierung möglich sein wird, in der nächsten Session eine Abarbeitung des Zolles auf das Kornkohlematerial zu bewirken. Man darf nicht übersehen, daß nur ein ganz geringer Theil des aus Hamburg kommenden rektifizierten Spiritus dort verarbeitet worden ist, der meiste Spiritus, der aus Hamburg kommt, berührt es nur auf der Durchfahrt. Ich bitte Sie, diese Spritzenlauf nicht höher anzuschlagen, als es der Wirklichkeit entspricht. Im Hinblick auf die von dem Vertrage dem deutschen Handel und der deut-

schen Industrie gebotenen Vortheile bitte ich Sie, denselben zu genehmigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dechelhäuser: Wir betrachten den Vertrag als vortheilhaft vom politischen Standpunkt aus und halten es nicht für nothwendig, im Einzelnen die Vortheile und Nachtheile derselben gegen einander abzuwägen. Nicht bloss dieser Vertrag, sondern sicherlich auch die Majorität dieses Hauses bilden ein sicheres Bollwerk gegen eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Noggenzölle, wie sie der Vorredner wünschen möchte. Bei den Debatten von 1879 wurde lediglich die Tendenz betont, das Ausland von der Miterwerbung auszuschließen; man hat dabei übersehen, daß es sich dabei nur um einen kleinen Theil des Imports handeln könnte; denn tatsächlich hat die Einfuhr seitdem trotz der höheren Zölle zugenommen, weil sie eben nothwendig ist. Ich hoffe, daß die in dem Vertragsabschluß vertretende Fürsorge für die Verbindung mit anderen Ländern demnächst auch auf anderen Gebieten der Handels- und Wirtschaftspolitik betätigt werden möge. Mit Freuden spreche ich der Reichsregierung meine volle Anerkennung aus, daß sie diese Frage in Gang gebracht hat.

Abg. v. Kardorff hält den Vertrag für eine Frucht nicht des Freihandelns, sondern der neuen Wirtschaftspolitik, die eben darauf ausgeht, die vaterländische Arbeit zu schützen. England habe heute noch kein Vertragsverhältnis mit Spanien herstellen können. Gegen Hanel insbesondere sich wendend, behauptet Redner, daß durch sämtliche fortschrittliche und reaktionäre Blätter ein Sturm der Entzürnung gegangen wäre, falls die Regierung an formellen Bedenken den Vertrag hätte scheitern lassen. (Widerpruch links.) Die Regierung habe korrekt und bona fide gehandelt, es sei ihr kein Vorwurf zu machen. Eine Verneinung des Vertrages an eine Kommission sei ganz unentbehrlich und zwecklos, würde auch die Session bis in nächste Woche hinausziehen. Der Hamburg erwachende Schaden lasse sich durch Hinausverlegung der Fabriken aus dem Freihafengebiete abwenden, und er hoffe, daß die Reichsregierung später noch einmal auf diesen Weg zurückkommen werde. Die Kosten, höchstens 20 Millionen Mark, brauchten nicht der Reichskasse zur Last zu fallen, sondern man könnte sie ganz wohl dem deutschen Brennereigewerbe aufbauen; die Vergütung würde durch einen Zuschlag von nur 1 p.C. zu der jetzigen Steuer gedeckt werden. Um Anklagen, wie sie jetzt gegen die Reichsregierung erhoben werden, in Zukunft vorzubeugen, würde es gut sein, einen Indemnitätsparagraphen in die Verfassung aufzunehmen. Er sei indeß überzeugt, daß die Reichsregierung formal vollständig korrekt verfahren sei. (Lebhafte Widerpruch links.)

Abg. Bebel: Die Regierung war unfehlbar verpflichtet, von vorherem die Genehmigung des Reichstags zu dem Vertrage einzuholen; daher röhrt die allgemeine Bewegung, die sich in ganz Deutschland über den einseitigen Vertragsabschluß bemerkbar macht. Es lag kein Grund vor, den Reichstag nicht rechtzeitig zusammen zu berufen. Herr v. Burchard führte aus, es sei wünschenswert gewesen, zuerst die spanische Kortes über den Vertrag zu hören; welche Gründe dafür maßgebend gewesen, weiß ich nicht. Jedenfalls haben die Kortes den Vertrag Ende Juli gutgeheißen, die Regierung konnte also zu derselben Zeit, wo der Erlass vom 9. August veröffentlicht wurde, der den Vertrag mit dem 14. August in Kraft setzte, den Reichstag versammeln. Wenn man die Unbequemlichkeit für die Reichstagsmitglieder vorschaut, so hätte man es darauf einmal ankommen lassen sollen, wäre die Regierung legal vorgegangen, und wäre der Reichstag nicht in genügender Zahl zusammengesessen, so wäre sie ihrerseits formell im Recht. (Sehr richtig! links.) Nicht aus konstitutionellen Bedenken hat man sich schließlich an maßgebender Stelle für die Einberufung des Reichstags entschieden, sondern weil man Umstände befürchtete. Mit den staatsrechtlichen Bedeutungen des Abg. Hanel stimme ich überein, ziehe daraus aber die Konsequenz, daß man gegen den Vertrag stimmen muß, um der Regierung Billigung über ihr Verfahren auszubrücken und sie in Zukunft vor ähnlichen Schritten abzuhalten; ich werde diese Konsequenz ziehen. Höchst bedenklich ist die Interpretation, welche die spanische Regierung dem Art. IX. gegeben hat, dagegenbehend, daß nur der Sprit als deutsche Ware zu behandeln ist, der aus deutschem Rohspiritus hergestellt ist. Wie ist die spanische Regierung zu dieser eigentlich ungültigen Auslegung gekommen? Sie scheint geglaubt zu haben, daß die deutsche Einfuhr nach Spanien größer, als die spanische Ausfuhr nach Deutschland sei, und daß somit Spanien bei einem Handelsvertrage Schaden habe. Der deutsche Botschafter hat die spanische Regierung erst darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Fabrikat kein rein deutsches sei, sondern aus einem ausländischen Produkte hergestellt werde. Bei diesem Artikel IX. haben die deutschen Vertreter die Interessen Hamburgs nicht mit der nötigen Energie gewahrt. Spanien hat hierbei gar kein Interesse; es hat so gut wie keine Spiritustypen und ist in Bezug auf seine kolossalen Spiritusbezüge für die sogen. Weinverbesserung auf das Ausland angewiesen. Dem Vertrage vom 21. Mai 1881 über den Eintritt Hamburgs in den Zollverband hat Hamburg erst zugestimmt, nachdem es sich überzeugt, daß unter anderen Industriezweigen auch die Spiritusindustrie in der Lage bleibe, unter den gleichen günstigen Bedingungen weiter zu arbeiten, wie vordem. Daraufhin wurden die Freihafenanlagen gemacht, und jetzt wird dieser Vertrag seitens der Reichsregierung durchdrückt. Dieses Verfahren ist ungeheuerlich. Ich kann konstatieren, daß diesem neuesten Akt der Reichsregierung Hamburg gegenüber dort in den meisten Kreisen Zustimmung herrscht, und daß man glaubt, es solle damit der Annexion vorgearbeitet werden. Der Senat durfte ohne Zustimmung der Bürgerschaft in diese Klaue nicht willigen, er war verpflichtet, den Vertrag aufrecht zu erhalten, und auch der Reichstag macht sich eines Vertragsbruchs schuldig, wenn er dieser Bestimmung zu Art. IX. zustimmt. Selbst wenn der Reichstag aber zustimmt, so würden die Hamburger Interessenten in der Lage sein, auf Grund des Vertrages von 1881 gerichtlich gegen den Senat resp. das Reich vorzugehen und Entschädigung zu verlangen. (Gelächter rechts.) Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat die Partei der Großgrundbesitzer in einer Woche begnügt, daß die materiellen Interessen der ärmeren Klassen und unter Umständen sogar das nationale Interesse darunter leiden; die Politik, welche die Reichsregierung den Agrarinteressen gegenüber beobachtet, kann für die nationale Wohlfahrt verhängnisvoll werden. Ich habe, wie gesagt, die größten Bedenken, dem Vertrage zuzustimmen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Ein Antrag des Abg. Bamberger auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern findet keine Majorität (doch nur die Sezessionisten und ein Theil der Nationalliberalen), so daß die zweite Lesung sofort im Plenum vorgenommen werden wird. Um 5 Uhr vertrat sich das Haus auf Freitag, Vormittag 10 Uhr. (Interpellation Rittert, betr. die Merleburger Reichstagswahl, zweite Berathung des spanischen Handelsvertrages und erste, event. zweite Berathung der internationalen Fischereikonvention).

Briefe und Zeitungsberichte.

N.L.C. Berlin, 30. August. Die zweite Vorlage neben dem spanischen Handelsvertrag, welche den Reichstag in der außerordentlichen Session beschäftigen wird, die internationale Konvention zur polizeilichen Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer nebst einem Gesetzentwurf zur Ausführung dieser Konvention ist nunmehr ebenfalls im Reichstage eingegangen. Der internationale Fischereivertrag ist, wie eine beigelegte Denkschrift ausführt, hervorgegangen aus den Berathungen einer internationalen Konferenz, welche von Großbritannien angeregt, durch die niederländische Regierung berufen, in den Tagen vom 8. bis 29.

Oktober 1881 im Haag getagt hat. Vertreten waren außer den niederländischen die Regierungen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Dänemark und Schweden-Norwegen. Als Grundlage der Verhandlungen hat ein von britischer Seite aufgestellter Entwurf geboten, welcher im deutschen Interesse zuvor durch eine von dem Reichskanzler berufene Kommission geprüft und begutachtet worden war. Der auf der Konferenz zu Stande gekommene Entwurf eines internationalen Vertrages ist demnächst durch eine weitere, vom 4. bis 6. Mai 1882 wiederum im Haag zusammengetretene Konferenz der Eingangs genannten Staaten einer nochmaligen Berathung unterzogen worden. Das Ergebnis der letzteren ist die vorliegende Konvention, welche alle beteiligten Staaten unterzeichnet haben, Schweden-Norwegen ausgenommen, welchem der nachträgliche Beitritt offengehalten worden ist. Die Konvention, welche vielfachen Klagen der beteiligten Länder über gegenseitige Störungen des Fischereibetriebes abzuholzen bestimmt ist, gibt Vorschriften über Registrierung und äußere Bezeichnung der Fischereifahrzeuge nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungsgebuchstaben u. c., über Bezeichnung der hauptsächlichsten Fischereigerätschaften und über die zum Nachweise der Nationalität jedes Fahrzeugs erforderlichen Schiffspapiere; Ordnungs-Vorschriften hinsichtlich der Art der verschiedenen Fischereibetriebe und polizeilichen Verbote zur Verhütung gegenseitiger Betriebsstörungen und Beschädigungen; Bestimmungen zur Sicherung des Eigentums an geborenen see- und strandfischigen Fischereifahrzeugen, Schiffszubehörungen und Fischereigerätschaften, und der Schadloshaltung des Bergers; Einführung einer internationalen Überwachung der Fischerei in der Nordsee durch Fischereikreuzer der verschiedenen Nationen und Festsetzung der Rechte und Pflichten der letzteren.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher wurde am 29. d. M. Nachmittags 1/2 Uhr eine Plenarsitzung des Bundesrates abgehalten. Der Gesandte, Legationsrat Freiherr v. Marshall ist für Baden zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden. Der Wirkliche Geheime Rath Freiherr v. Türckheim ist aus dem Bundesrat ausgeschieden. Die Versammlung erteilte der am 6. Mai 1882 vollzogenen Internationalen Konvention zur polizeilichen Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer, sowie dem zur Ausführung dieser Konvention vorgelegten Gesetzentwurf die Zustimmung. Für die Verhandlungen im Reichstage über die Konvention und den Gesetzentwurf wurden mehrere Kommissionen gewählt.

Dem Reichstage ist noch eine Vorlage über die vor kurzem erfolgte Verlängerung des sog. kleinen Vertrages in Leipzig zugegangen. Die Regierung war zu dieser Vorlage verpflichtet durch folgende Vorschrift des § 28 des Sozialistengesetzes: „Über jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstage sofort bzw. bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden.“ Die Vorlage geht den Mitgliedern des Reichstags zu, braucht aber nur auf die Tagesordnung gesetzt zu werden, wenn mindestens 15 Mitglieder es beantragen.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, würde dem Bundesrat noch eine Vorlage wegen Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 bezw. wegen Verallgemeinerung der in den Verträgen mit Italien und Spanien verabredeten Zollerleichterungen gemacht werden. Den Zusatz, daß in dieser Vorlage auch die Heraussetzung einzelner, durch die Verträge nicht berührter Positionen, z. B. des Kakaozolles — im Anschluß an die Ermäßigung des Cimfuhrzolles auf Chocolade — beantragt werden solle, will die „Lib. Kor.“, der wir diese Mitteilung entnehmen, nur mit Vorbehalt erwähnen.

Die Parlamente blicken mit Interesse in der Lage, unter den gleichen günstigen Bedingungen weiter zu arbeiten, wie vordem. Daraufhin wurden die Freihafenanlagen gemacht, und jetzt wird dieser Vertrag seitens der Reichsregierung durchdrückt. Dieses Verfahren ist ungeheuerlich. Ich kann konstatieren, daß diesem neuesten Akt der Reichsregierung Hamburg gegenüber dort in den meisten Kreisen Zustimmung herrscht, und daß man glaubt, es solle damit der Annexion vorgearbeitet werden. Der Senat durfte ohne Zustimmung der Bürgerschaft in diese Klaue nicht willigen, er war verpflichtet, den Vertrag aufrecht zu erhalten, und auch der Reichstag macht sich eines Vertragsbruchs schuldig, wenn er dieser Bestimmung zu Art. IX. zustimmt. Selbst wenn der Reichstag aber zustimmt, so würden die Hamburger Interessenten in der Lage sein, auf Grund des Vertrages von 1881 gerichtlich gegen den Senat resp. das Reich vorzugehen und Entschädigung zu verlangen. (Gelächter rechts.)

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat die Partei der Großgrundbesitzer in einer Woche begnügt, daß die materiellen Interessen der ärmeren Klassen und unter Umständen sogar das nationale Interesse darunter leiden; die Politik, welche die Reichsregierung den Agrarinteressen gegenüber beobachtet, kann für die nationale Wohlfahrt verhängnisvoll werden. Ich habe, wie gesagt, die größten Bedenken, dem Vertrage zuzustimmen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Ein Antrag des Abg. Bamberger auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern findet keine Majorität (doch nur die Sezessionisten und ein Theil der Nationalliberalen), so daß die zweite Lesung sofort im Plenum vorgenommen werden wird. Um 5 Uhr vertrat sich das Haus auf Freitag, Vormittag 10 Uhr. (Interpellation Rittert, betr. die Merleburger Reichstagswahl, zweite Berathung des spanischen Handelsvertrages und erste, event. zweite Berathung der internationalen Fischereikonvention).

Der „Staatsanzeiger“ publiziert das Gesetz, betreffend die Gerichtskosten bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens.

Wie man der „Voss. Ztg.“ aus den beteiligten Kreisen schreibt, macht sich im Eisenbahnfach fast überall ein recht fühlbarer Mang an Subaltern- und Unterbeamten geltend, welcher bereits soweit vorgeschritten ist, daß sich die Direktionen veranlaßt gesehen haben, Beamte der verschiedensten Dienstzweige durch Zeitungsinsertate zu suchen und Stellungen, die sonst nur Civil-Supernumeraren oder Militär-anwärtern offen standen, auch anderen Persönlichkeiten aus dem Bürgerlichen Leben zu übertragen. Andererseits werden Beamte wiederum in Stellungen befördert, die ihnen sonst verschlossen geblieben wären. So zieht man z. B. jetzt Bahnwärter, deren geistige und körperliche Fähigung hierzu ausreicht, zum Bremserdienst heran, da es an Anwärtern für diese Stellungen fehlt. Bahnwärter hierzu heranzuziehen, ist nicht praktisch, da dieselben zu den demnächst höheren Stellungen wie Schaffner, Padmeister, Zugführer nicht verwendet werden dürfen, weil dieselben Militär-anwärtern reserviert sind. Fragt man nach den Ursachen dieser Erscheinung, so liegen dieselben wohl einerseits in der übergrößen Sparsamkeit, welche man in den letzten Jahren bei den Eisenbahnverwaltungen bei Neueinstellungen und Beförderungen angewendet hat, so daß der Beamtenstand auf das Neukonf. beschränkt worden war; den Hauptgrund hat man aber in der ungünstigeren Stellung, die die Eisenbahnbeamten den übrigen Beamten gegenüber einnehmen, zu suchen, welche Manchen und namentlich die besseren Kräfte von dem Eintritt in den Eisenbahndienst zurückhält. Man mag dieselben mit den Beamten anderer Behörden gleichstellen, und man wird auch die erforderlichen Kräfte mit Leichtigkeit finden.

Unter der Firma „Deutscher Offizier-Verein“ wird nach einer Mitteilung der „Nat. Ztg.“ neuerdings beabsichtigt, die schon in früheren Jahren geplante Gründung eines großen Konsumvereins für Angehörige des Offizierstandes zu verwirklichen. An der Spitze des vorbereitenden Komitees stehen, wie wir hören, Graf von Lebendorff, General à la suite des Kaisers, und der General-Quartiermeister Graf von Waldersee, und haben sowohl der Kaiser wie der Kronprinz dem Unternehmen ihr Wohlwollen ausgesprochen. Der Konsumverein, für welchen die großartige Army- und Navy-Cooperative-Society das Vorbild gegeben hat, soll zunächst nur die Beschaffung der Uniformen und Militär-Effekten übernehmen und erst später seine Tätigkeit auf weitere Gebiete ausdehnen. Das notwendige Kapital wird durch Anteilschein, für welche augenblicklich Bezeichnungen gesammelt werden, aufgebracht werden, dürften zur weiteren Deckung des Bedarfs vergleichsweise Obligationen ausgegeben werden. Leitendes Geschäftsprinzip soll natürlich Baarzahlung resp. monatlicher Gehaltsabzug zur Verrechnung auf laufende Konten sein. Nach den angestellten Ermittlungen würde für den Kosten des jährlichen Durchschnittsbedarfs an Kleidern z. B. für einen Sekonde-Lieutenant der Betrag, fast eines Monatsgehalts, gespart werden. Es dürfte doch wohl die Frage sein, ob die ganze Angelegenheit nicht etwas zu optimistisch betrachtet wird — an Schwierigkeiten mannichfachster Art wird es dem Unternehmen, dem man an sich ja nur anerkennt gegenüberstehen kann, keinesfalls fehlen.

Pest, 29. August. Nach einer Mitteilung des „Neuen“ sind mehrere Minister hierher zurückgekehrt, da der Banus von Kroatien sich weigert, die ihm aufgetragene Aufgabe auszuführen.

Paris, 29. August. Der Graf von Paris hat, wie hierher gemeldet wird, heute allen Höfen den Tod des Grafen Chambord mittels Cirkularschreibens angezeigt, das Schreiben ist „Philippe Graf von Paris“ unterzeichnet.

Moskau, 29. August. (Erweiterte Meldung.) Anlässlich der Veröffentlichung des anonymen Briefes eines Russen in der „Kreuzzeitung“ und der Auflösungen der Zeitungen über denselben sagt die (Ratkow'sche) „Moskauer Zeitung“ in Russland wie in Deutschland wünsche Niemand den Krieg, man kennt die Bedeutung des Krieges und könnte sich nur im äußersten Falle zu demselben entschließen. Russland habe kein Interesse daran, Deutschland anzugreifen. Wenn die „Kreuzzeitung“ wissen wollte, daß in Russland eine Partei von panslawistischen Helden existiere, so sei doch die Frage zu erörtern, was diese Partei in Deutschland zu suchen hätte. Allerdings gehören polnische Länder zu Deutschland, aber bedürfen diese Russlands? Beabsichtigte etwa Russland, das historische Polenreich wiederherzustellen, um eine Barriere zwischen sich und Deutschland aufzurichten und einen schwachen Nachbar statt eines starken sich zu verschaffen? Mit derartigen Institutionen sei eher Deutschland als Russland beizukommen, da Deutschland häufig das russische Kongresspolen als besonderes Land betrachte. Russland sei indessen überzeugt, daß die Mehrzahl der Deutschen und die deutsche Regierung andere Ansichten hätten, und in den polnischen Patrioten die Feinde sehe, welche Krieg zwischen Russland und Deutschland säen wollten. Dieser Ansicht habe auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bereits unzweideutigen Ausdruck gegeben. Andererseits sei Russland überzeugt, daß die gesamten Interessen Russlands dahin gerichtet seien, die Bande historischer Freundschaft zwischen Deutschland und Russland enger zu knüpfen. Der Artikel bespricht sodann die deutsche Politik, welche Österreich aus dem deutschen Bunde ausschloß und auf den orientalischen Schauplatz verwies. Das Blatt stellt dabei die Behauptung auf, Russland könne dieser Politik gegenüber ruhig sein, denn Österreich sei dadurch eher geschwächt als erstärkt, da es sich den Hass der Balkan-völker zugezogen habe und die Freundschaft mit Serbien daran nichts ändere.

Locales und Provinzielles.

Posen, 31. August.

d. Zur Sobieskiste. Am „Gonec Wiell.“ werden in Betr. der Sobieskiste folgende Vorschläge gemacht: Während des Vermittlungsgottesdienstes am Tage der Feier sollen die Läden in gleicher Weise, wie an Sonn- und Feiertagen, geschlossen werden; in verschiedenen Etablissements innerhalb und außerhalb der Stadt sollen Nachmittags-Bergnugungen mit entsprechenden Vorlesungen abgehalten und Abends eine allgemeine Illumination veranstaltet werden; auch wird der Vorschlag gemacht, den Armen an diesem Tage ein reichliches Almosen

zu geben. Wie der „Gonee Biell.“ mittheilt, werden einzelne Personen in jedem Falle „illuminirt“.

a. Von der Lotterie zum Besten des Provinzial-Krieger-Denkmales sind die meisten grösseren Gewinne bereits abgeholt worden. Was die drei Hauptgewinne betrifft, so hat den Silberkasten (zu 1500 Mark) Lehrer Benzel bei Colmar i. P., die beiden silbernen Armleuchter (zu 900 M.) ein Grundbesitzer in der Nähe von Klarheim (Kreis Bromberg), das Pianino (zu 600 M.) Fleischermüster Hiller zu Posen gewonnen. Von den 30,000 Losen sind ca. 6-7000 unabgesezt geblieben.

b. Russisch-Polen wird gegenwärtig, so wenig es auch an Naturschönheiten und Kunstsäcken, welche ja hauptsächlich die Vergrößerungskreisen anlocken, bietet, doch mehrfach von Touristen aus der Provinz Posen gefragt. So traf nach dem „Kurier Warszawski“ am Montage eine Anzahl von Touristen (wohl polnischen) aus der Provinz Posen, welch Vormittags das Salzwerk Ciechocinek besucht hatten, Abends in Warschau i. m. am Dienstag reisten sie nach Lublin, von wo sie einen Ausflug nach Pulawy z. machen; auf der Rückreise gedachten sie sich längere Zeit in Warschau aufzuhalten.

c. Ein Böttchergeselle, welcher in einer Werkstatt auf der Breslauerstraße arbeitete, stieß vorgestern verschiedene Dropheden aus und begann sich derartig zu gebreden, daß es schien, als sei er irrsinnig geworden; er behauptete, er sei Fürst Poniatowski und im Jahre 1793 in Schleswig Graf geworden; ihm gehörte das Rittergut Kobylepole und die biegsige Engelische Seifenfabrik; er habe, um seine Ansprüche zu beweisen und damit ihm sein Recht werde, an die preußische Regierung geschrieben z. Als er dann ansing, beleidigende Ausserungen über den Kaiser auszuspielen, wurde er zur Haft gebracht. Nachdem sich jedoch durch seine Vernehmung herausgestellt, daß er wirklich irrsinnig sei, wurde er vorläufig nach der städtischen Irrenanstalt geschafft.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Danzig**, 30. August. Nach einer Meldung der „Danziger Zeitung“ haben die Aktionäre der Danziger Schiffswerft- und Kesselschmiede-Gesellschaft einstimmig die Auflösung der Gesellschaft beschlossen, nachdem ein großer Theil des Stabliessments kürzlich durch Feuer zerstört worden ist.

**** Hamburg**, 30. August. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Altona-Kieeler Eisenbahnsgesellschaft war nicht beschlußfähig, da nicht die Hälfte, sondern nur 4965 Aktien angemeldet waren. In der Debatte sprachen sich die Aktionäre gegen den Vorschlag des Verwaltungsrathes aus, die Dividende pro 1833 zu retten. Die nächste endgültige Generalversammlung ist auf den 13. Oktober anberaumt.

Telegraphische Nachrichten.

Kissingen, 30. August. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat mit seiner Gemahlin und dem Grafen Herbert Bismarck gestern Abend 8³/₄ Uhr Kissingen verlassen, um sich nach Gastein zu begeben. Der Fürst wurde von der auf dem Bahnhof versammelten Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt.

München, 30. August. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck ist mit seiner Gemahlin und seinem Sohne, dem Grafen Herbert Bismarck, und begleitet vom Dr. Schwenninger heute früh 8 Uhr aus Kissingen hier angekommen und, nachdem er hier das Frühstück eingenommen, 9 Uhr 40 Minuten über Salzburg noch Gastein weitergereist.

München, 29. August. Die Königin von Portugal ist heute Abend von Reichenbach hier angekommen und ohne Aufenthalt nach Paris weitergefahren.

Hoburg, 30. August. Die Erbprinzessin von Meiningen und der Herzog von Coburg sind hier eingetroffen.

Kopenhagen, 30. August. Der Kaiser und die Kaiserin von Russland sind in Begleitung des Königs, des Kronprinzen, des Prinzen Waldemar und des Königs von Griechenland, die denselben entgegengefahrene waren, heute Vormittag 11 Uhr hier eingetroffen, von den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie, dem diplomatischen Corps, den Zivil- und Militärbehörden am Landungsplatz empfangen und von der Bevölkerung mit lebhaften Zurufen begrüßt worden.

Kopenhagen, 30. August. Vom Hafenplatze aus begab sich der russische Kaiser mit dem König und dem Kronprinzen in einem offenen Wagen durch die mit Flaggen festlich geschmückte Stadt nach dem Bahnhofe, die Kaiserin und die Königin folgten in einem zweiten offenen Wagen, an diesem schlossen sich die Wagen mit den übrigen Mitgliedern und Gästen der königlichen Familie an. Um 12 Uhr begab sich der ganze königliche Hof mit seinen Gästen mittelst Extrazugs nach Fredensborg.

Kopenhagen, 30. August. Die russische Dampfyacht „Dershawa“, auf welcher das russische Kaiservaar hier eintrifft, wird sich nach ihrer Ankunft alsbald wieder nach Kiel begeben, um die Gemahlin des Großfürsten Vladimir, Großfürstin Marie Paulowna, hierher zu übersetzen.

Pest, 31. August. Einer Nachricht aus Pocitor zufolge plünderte eine Bande von 400 wohlbewaffneten fremden Meutern in der vergangenen Nacht von Mitternacht an bis 3 Uhr Morgens das Eigenthum der jüdischen Einwohnerschaft und bedrohte die sich Widersehenden mit Niederstichen.

Hamburg, 30. August. Der Postdampfer „Aegia“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Gesellschaft ist, von Newyork kommend, gestern Abend auf der Elbe eingetroffen.

Bremen, 30. August. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Amerika“ ist gestern in Baltimore eingetroffen.

Bremen, 29. August. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Hohenzollern“ ist heute Nachmittag 2 Uhr in Southampton eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Notizen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im August.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
30. Nachm. 2	7518	SW lebhaft	trübe	+19,0
30. Abends 10	7528	W schwach	bewölkt	+14,2
31. Morgs. 6	7550	SW schwach	befreit	+13,3
Am 30. Wärme-Maximum: +23,6 Grad.				
- - - Wärme-Minimum: +11°				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. August Morgens 1,60 Meter.

30. Mittags 1,60

31. Morgens 1,58

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 30. August. (Schluss-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,50. Pariser do. 80,95. Wiener do. 171,07. R. M. S. A. — Rheinische do. — Hef. Ludwigsb. 112¹. R. M. Pr. Anth. 126¹. Reichsanl. 102. Reichsbank 150¹. Darmst. 156. Meining. Bl. 95¹. Ost.-ung. Bant 714,75. Kreditaktien 250¹. Silberrente 67¹. Papierrente 66¹. Goldrente 84¹. Ung. Goldrente 74¹. 1860er Loose — 1864er Loose 320,00. Ung. Staatsl. — do. Ost.-Ost. II. 97¹. Böhm. Westbahn 261¹. Elisabeth. — Nordwestbahn 168¹. Galizier 252¹. Franzosen 272¹. Lombarden 129. Italiener 90¹. 1877er Russen 91¹. 1880er Russen 72¹. II. Orientanl. 57¹. Zentr. Pacific 110¹. Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 57¹. Wiener Bankverein 89¹. 5¹ österreichische Parierrente 79¹. Buschtrader — Egypt. 71¹. Gotthardbahn 112¹.

Türken 11. Edison 119¹.

Nach Schlug der Börse: Kreditaktien 250¹. Franzosen 272¹. Galizier 252¹. Lombarden 128¹. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Egypt. — Gotthardbahn —

Frankfurt a. M., 30. August. (Esselten-Sozietät.) Kreditaktien 251¹. Franzosen 274¹. Lombarden 129. Galizier 253¹. österreichische Parierrente — Egypt. 71¹. III. Orientanl. — 1880er Russen — Gotthardbahn 112¹. Deutsche Bank — Nordwestbahn — Elbthal — 4proz. ungarische Goldrente — II. Orientanleihe — Marienburg-Mlawia 106. Mainzer — Hessische Ludwigsbahn — Türk. — Böhm. Westbahn — Edison — Spanier — Sehr fest.

Wien, 30. August. (Schluss-Course.) Schlug schwächer auf das Gerücht von der Demission schwächer.

Papierrente 78,27¹. Silberrente 79,00. Oester. Goldrente 99,50 6-proz. ungarische Goldrente 119,70. 4-proz. ung. Goldrente 87,80. 5-proz. ungar. Papierrente 86,55. 1854er Loose 120,00. 1860er Loose 133,50. 1864er Loose 169,25. Kreditloose 172,00. Ungar. Prämiens 113,25. Kreditaktien 292,90. Franzosen 317,00. Lombarden 150,40. Galizier 294,20. Kasch.-Oderb. 144,50. Bardubitzer 148,00. Nordwestbahn 198,00. Elisabethbahn 224,50. Nordbahn 264,00. Oester. — Ung. Bank — Türk. Loose — Unionbank 112,75. Anglo-Aust. 108,75. Wiener Bankverein 105,00. Ungar. Kredit 292,80. Deutsche Plätze 58,45. Londoner Wechsel 119,80. Pariser do. 47,30. Amsterdamer do. 98,50. Napoleon 9,50. Dukaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,45. Russische Banknoten 1,17¹. Lemberg-Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 167,00. Franz.-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 215,25. Tramway 229,10. Buschtrader —. Oester. 500¹. Pariser 93,30.

Wien, 29. August. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —. Oester. Kreditaktien 292,60. Ungar. 4-proz. Goldrente 87,82¹. Pest. — Florenz, 30. August. 50¹ Italien. Rente 90,72. Gold 20,00.

Paris, 30. August. (Schluss-Course.) Bewegt.

3proz. amortisirb. Rente 81,65. 3proz. Rente 79,92¹. Anleihe de 1872 108,62¹. Ital. 5proz. Rente 90,65. Oesterreich. Goldrente 85¹. 6proz. ungar. Goldrente 102¹. 4proz. ung. Goldrente 74¹. 5proz. Russen de 1877 93¹. Franzosen 675,00. Lombard-Eisenbahn-Aktien 323,75. Lombard. Prioritäten 294,00. Türk. de 1865 10,72¹. Türkloose 51¹. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 360. Spanier neue 58¹. do. inter. —. Suezkanal-Aktien 243,00. Banque ottomane 740,00. Union gen. —. Credit foncier 1305,00. Egypt. 359,00. Banque de Paris 1010. Banque d'escopme 511. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,33. 5proz. Rumänische Anleihe —.

Credit foncier 570,00.

London, 30. August. Consols 100¹. Italien. 5prozentige Rente 89¹. Lombarden 12¹. 3proz. Lombarden alte —. 300¹ do. neue —. 5proz. Russen de 1871 87¹. 5proz. Russen de 1872 87¹. 5proz. Russen de 1873 86¹. 5proz. Türk. de 1865 10¹. 4proz. fundire Amerik. 122¹. Oesterreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 74. Oester. Goldrente 84¹. Spanier 58¹. Egypt. 70¹. Ottomankbank 19¹. Preuß. 4proz. Consols 100¹. Pest.

Suez-Aktien 96.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,69. Wien 12,14. Paris 25,55. Petersburg 23¹.

Silber —. Platzdiplont 3¹ v. Et.

In die Bank floßen heute 77,000 Pfnd. Sterl.

Petersburg, 30. August. Wechsel auf London 23¹. II. Orientanleihe 92¹. III. Orientanleihe 92¹. Privatdiplont — v. Et.

Newyork, 29. August. (Schlusskurse.) Wechsel auf Berlin 94. Wechsel auf London 4,81¹. Cable Transfers 4,86. Wechsel auf Paris 5,22¹. 3¹ prozentige fundire Anleihe —. 4prozentige fundire Anleihe von 1877 119¹. Erie-Bahn 28¹. Central-Pacific-Bonds 111¹. Newyork Centralbahn-Aktien 114¹. Chicago- und North Western-Eisenbahn 141.

Geld leicht, für Regierungsbonds 1¹, für andere Sicherheiten 2 Prozent.

Produkten-Kurse.

Köln, 30. August. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,00.

fremder loco 20,50, per November 19,95, per März 20,75. Roggen loco 15,50, per Novbr. 15,20, per März 15,85. Hafer loco 15,50. Rüb. loco 36,40, per October 35,70, per März 35,20.

Hamburg, 30. August. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig, per August 187,00 Br. 186,00 Gd. per September-October 189,00 Br. 188,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig, per August 144,00 Br. 143,00 Gd. — per September-October 147,00 Br. 146,00 Gd. Hafer und Gerste unverändert. — Rüb. fest. loco 69,00, per October 66,50. — Spiritus matt. per August 46¹ Br. per August-September 46¹ Br. per Septbr.-October 45¹ Br. per Octbr.-November 44 Br. — Kaffee fest. Umsatz 5000 Sac. — Petroleum fest, Standard white loco 7,80 Br. 7,70 Gd. per August 7,70 Gd. per September-December 7,85 Gd. — Wetter: Schöner.

Bremen, 30. August. (Schlussbericht.) Petroleum besser. Standard white loco 7,65 B. per September 7,65 B. per October 7,75 B. per November 7,85 Br. per December 7,95 Br.

Wien, 30. August. (Getreidemarkt.) Weizen per Herbst 10,73 Gd. 10,78 Br. per Frühjahr 11,50 Gd. 11,55 Br. Roggen per September-October 8,92 Gd. 8,87 Br. per Frühjahr 8,78 Gd. 8,85 Br. Hafer per Herbst 7,15 Gd. 7,20 Br. pr. Frühjahr 7,47 Gd. 7,50 Br. Mais pr. August-September 7,00 Gd. 7,05 Br.

Pest, 30. August. (Produktenmarkt.) Weizen loco wchd. per Herbst 10,30 Gd. 10,32 Br. pr. Frühjahr 11,12 Gd. 11,14 Br. Hafer per Herbst 6,70 Gd. 6,72 Br. Mais per Mai-Juni 6,90 Gd. 6,92 Br. Kohlrans pr. August-September 17. — Wetter: —.

Stettin, 30. August. [An der Börse] Wetter: Leicht bewölkt. Gestern Abend stürmisch mit Regengüssen. Temperatur + 15 R. Barometer 28,3. Wind: NW.

Weizen matter, per 100 Kilogramm Iolo gelber und weißer 175-196 R. geringer 170-193 R. per August 199-198,5 R. bez. per September-October 197-196,5 R. bez. per October-November 198-197,5 R. bez. per November-December — R. bez. per April-Mai 205,5-204,5 R. bez. — Roggen matter, per 100 Kilogramm netto 14,70-15,70 bis 16,30 R. Kaffee fest über Notiz. — Gerste gut behauptet, per 100 Kilogramm netto

Produkten-Börse.

Berlin, 30. August. Wind: NW. Wetter: Trübe.

Wenn auch die vorliegenden Tagesberichte nichts weniger als günstig gelautet hatten, so eröffnete doch der heutige Verkehr für die meisten Artikel ziemlich fest, weil die bei Gelegenheit des Wiener Marktes veröffentlichten Ernte-Zahlen den Glauben an neue Belebung der Spekulation aufkommen ließen; der weitere Verlauf bestätigte diese Annahme, indem die stark à la baisse gravitirende Platzspekulation ihre augenhöchst ziemlich unbestrittene Herrschaft von Neuen süßnen ließ.

Loco-Woche: Weizen in füll. Für Termine lagen mannsfache Kaufordres vor, welche aufänglich kleine Preisbesetzungen zuwege brachten; nachdem der Begehr aber ziemlich schnell befriedigt worden, blieb die Platzspekulation stark verlaufend im Markte, welcher in Folge dessen flau Tendenz einschlug, und nicht unerheblich niedriger als gestern schloss. Man wollte wissen, daß Mängel von neuem Raubweisen nach hier gehandelt worden sei.

Loco-Rogggen hatte nur schwache Beachtung und dement sprechende Umsatz zu unveränderten Preisen. Der Terminhandel begann ziemlich fest und wurden alle Sichten etwas theurer bezahlt. Alsbald aber trat die Platzspekulation mit starken Prämien-Öfferten hervor und wirkte entschieden nachteilig auf Stimmung und Preise, zumal von der Ostsee wieder manche Partie nach hier geschlossen sein soll. Schließlich liegen sich alle Sichten billiger als gestern angeschaffen.

Loco-Hafer flau. Termine nach festem Beginne ermattend.

Rübböl hat unter dem Eindrucke reger Deckungsfrage durchgängig an Wert gewonnen und schloss auch fest.

Petroleum schwach preishaltend.

Spiritus in matter Haltung. Die Lager-Aufnahme ergab wider Erwarten noch einen Vorrath von 1.400.000 Liter.

(Antl.) Weizen per 1000 Kilogramm lolo 155—228 Mark nach Dual, blauspitzer gelb. — ab Bahn bez., gelbe Lieferungsqualität 193 M. mit Geruch — ab Bahn bez., seiner dünner point, gelber —, mittelgelber — ab Boden bez., per diesen Monat 195 bis 194 bezahlt, per August-September —, per September-Oktobr 195—192,5 bez., per Oktober-November 195—194,5 bez., per November-December 197,25—196,5 bez., per April-Mai 1884 205 bis 203,5 bez. — Gefündigt — Bentner.

Rogggen per 1000 Kilogramm lolo 143—164 nach Qualität, Lieferungsqualität 154,0 M., inländ. geringer alter 152 M., neuer seiner 162—163 M. ab Bahn bez., schlesischer neuer —, do. guter —, preußischer mittler —, do. guter — bez., do. feiner — bez., per diesen Monat —, do. neuer defekter — M. ab Kahn bez., alter mittel —, flammer —, feiner —, per diesen Monat — bez., per September — bez., per September-Oktobr 154,75—154 bez., per Oktober-November 156,75—156 bez., per Oktober allein —, per November —, per November-December 158,75—158 M. bez., per April-Mai 1884 161,75 bis 161 bezahlt. — Gefündigt 1000 Bentner 154,5.

Gerste per 1000 Kilogramm grobe und kleine 135—210 M.

Hafer per 1000 Kilogr. lolo 135—170 nach Qualität, Lieferungsqualität 133,0 M. pomm. mittler — bez., do. außer — bezahlt, per August-September — bez., per September-Oktobr 134,5 bis 133,5 bez., per Oktober-November 134,5—134 bez., per November-December 135—134,75 bez., per April-Mai 139,5 M. bez., per Mai —.

Mais lolo 140 bez., (Donau) n. Dual, amerikanischer —.

Erbien Kochware 185—220, Futterware 165—180 M., per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto infl. Sad. Lolo 25,75 M. Br., per diesen Monat —, per August-September 21,50—21,40 bez., per September-Oktobr 21,50—21,40 bez., per Oktober-November 22,00—21,90 bez., April-Mai 22,25—22,15 bez., Gefündigt 500 Str. Durchschnittspreis 20,5.

Weizenmehl Nr. 0 29,25—26,75, Nr. 0 26,50—25,00 Nr. 0 u 1 23,75 bis 22,00. *Rogggenmehl* Nr. 0 23,75—22,25, Nr. 0 u 1 21,75 bis 20,75 M.

Rübböl per 100 Kilogramm lolo mit Fäss — bez., ohne Fäss 68,5 M. per diesen Monat 68,5 M. per September-Oktobr 66,9 bis 67,2 bezahlt, per Oktober-November 66,8—67,0 bez., per November-December 66,8—67,0 M. bez., per Dezember —, per April-Mai —. Durchschnittspreis 66,9 M.

Petroleum, raffiniertes (Standart white) per 100 Kilogr. mit Fäss in Fässern von 100 Kilogr. lolo —, per diesen Monat 23,5 M., per September-Oktobr 23,4 bez., per Oktober-November 23,8 M. bez., per November-December 24,1 M. Gefündigt — Str.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter ; Et.

lolo ohne Fäss 57,1—57 M. bez., lolo mit Fäss — bezahlt, abgelaufene Anmeldungen —, mit leihweisen Gebinden —, ab Speicher — bez., frei Haus — M. per diesen Monat 57—56,9 bez., per August-September 56 bis 56,9 M. bez., per September —, per September-Oktobr 54,5 bis 54,4 bez., per Oktober —, per November-November 53—52,9 bez., per November — bez., per November-December 52,1—51,8—51,9 bez., per Dezember 1883-Januar 1884 —, per April-Mai 1884 53,2—53,3 bis 53—53,1 M. bez., Gefündigt — Liter.

Trockene Kartoffelfäcke per 100 Kilogramm brutto infl. Sad. Lolo 27,75 Br., per diesen Monat — M. per August-September —, per September-Oktobr —, Oktobr-November 25,25 M. Br., November-December 25,25 Mark Br., per Dezember-Januar —, April-Mai 25 M. Br. Termine fäll. Gefündigt — Str.

Rogggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert influssive Sad. per diesen Monat u. per August-September 21,50—21,40 bez., per September-Oktobr 21,50—21,40 bez., per Oktober-November 21,75—21,65 bez., per November-December 22,00—21,90 bez., April-Mai 22,25—22,15 bez., Gefündigt 500 Str. Durchschnittspreis 20,5.

Weizenmehl Nr. 0 29,25—26,75, Nr. 0 26,50—25,00 Nr. 0 u 1 23,75 bis 22,00. *Rogggenmehl* Nr. 0 23,75—22,25, Nr. 0 u 1 21,75 bis 20,75 M.

Rübböl per 100 Kilogramm lolo mit Fäss — bez., ohne Fäss 68,5 M. per diesen Monat 68,5 M. per September-Oktobr 66,9 bis 67,2 bezahlt, per Oktober-November 66,8—67,0 bez., per November-December 66,8—67,0 M. bez., per Dezember —, per April-Mai —. Durchschnittspreis 66,9 M.

Petroleum, raffiniertes (Standart white) per 100 Kilogr. mit Fäss in Fässern von 100 Kilogr. lolo —, per diesen Monat 23,5 M., per September-Oktobr 23,4 bez., per Oktober-November 23,8 M. bez., per November-December 24,1 M. Gefündigt — Str.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter ; Et.

lolo ohne Fäss 57,1—57 M. bez., lolo mit Fäss — bezahlt, abgelaufene Anmeldungen —, mit leihweisen Gebinden —, ab Speicher — bez., frei Haus — M. per diesen Monat 57—56,9 bez., per August-September 56 bis 56,9 M. bez., per September —, per September-Oktobr 54,5 bis 54,4 bez., per Oktober —, per November-November 53—52,9 bez., per November — bez., per November-December 52,1—51,8—51,9 bez., per Dezember 1883-Januar 1884 —, per April-Mai 1884 53,2—53,3 bis 53—53,1 M. bez., Gefündigt — Liter.

Deutsche und preußische Staatsbörsen verkehrten in fester Haltung ruhig; inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und ruhig.

Banaktien waren ziemlich fest und ruhig; Disconto-Kommandit-Anteile unverändert, Deutsche Bank etwas besser, Darmstädter Bank abgeschrägt.

Von Industriepapieren traten einige Brauereien und Spinnereien in regeren Verkehr; auch Montanwerthe waren theilweise etwas besser und lebhafter.

Inländische Eisenbahnaktien waren ziemlich fest und ruhig; Ostpreußische Südbahn höher und belebt; auch Mecklenburgische, Marienburg-Miawka etwas besser. Altenburg-Zeit 204,00 bez. u. Gd.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 30. August. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung; nachdem sich gestern nach offiziellem Schluss noch eine sehr matte Tendenz mit erheblich niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet herausgebildet hatte, setzten dieselben heute zumeist etwas besser ein und konnten sich mit einigen Schwankungen gut behaupten. Das Geschäft entw. deute sich im Allgemeinen ruhig, und nur vereinzelte Spekulations- und Kassawerthe hatten belangreichere Umsätze für sich.

Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide

Untersuchungsbücher: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden öppr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden jubb. Währung = 12 Mark. 100 Gulden halb. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling = 20 Mark.

Wenzel-Kurie.

Amsterd. 100 p. S. L.	168,55 bz	Wenzel-Kurie.	128,10 G
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8. L.	80,85 bz	do. do. 7 121,10 bz G	do. do. 7 121,10 bz G
London 1 Ltr. 8. L.	20,49 bz	Finnländ. Loope 48,10 bz G	Finnländ. Loope 48,10 bz G
Paris 100 Fr. 8. L.	80,85 bz	Italienische Rente 91,00 B	do. do. 6 125,25 ebz G
Wien, d. Börs. 8. L.	171,00 bz	Dest. Gold-Rente 84,80 bz	Dest. Gold-Rente 84,80 bz
Paarab. 100 R. S. W.	200,90 bz	do. Papier-Rente 66,50 bz G	do. Papier-Rente 66,50 bz G
Würz. 100 R. 8. L.	201,50 bz	do. do. 5	do. do. 5

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	20,43 bz	Newport. St.-Anl.	128,10 G
20-Francs-Stück	16,23 bz G	do. do. 7 121,10 bz G	do. do. 7 121,10 bz G
Dollars pr. St.	16,80 G	Finnländ. Loope 48,10 bz G	Finnländ. Loope 48,10 bz G
Imperials pr. St.	16,80 G	do. do. 6 125,25 ebz G	do. do. 6 125,25 ebz G
Engl. Banknoten	81,05 bz	Dest. Gold-Rente 84,80 bz	Dest. Gold-Rente 84,80 bz
Französ. Banknot.	171,10 bz	do. do. 5 119,75 bz G	do. do. 5 119,75 bz G
Dester. Banknot.	201,90 bz	do. do. 4 117,30 bz G	do. do. 4 117,30 bz G

Bundsfah der Reichsbahn.

Wertsch. 4 p. St. Lombard 5 v. St.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs.-Anl.	102,20 B	St.-Anl.	128,10 G
Kons. Preuß. Anl.	103,40 bz G	do. do. 5 119,75 bz G	do. do. 5 119,75 bz G
do. do.	102,10 B	do. do. 4 117,30 bz G	do. do. 4 117,30 bz G
Staats-Anleihe	101,10 G	do. do. 3 115,20 bz G	do. do. 3 115,20 bz G
Staats-Schuldscr.	99,00 bz	do. do. 2 113,30 bz G	do. do. 2 113,30 bz G
Kurz. Neuem. Schlu.	99,00 bz	do. do. 1 111,40 bz G	do. do. 1 111,40 bz G
Verl. Stadt-Oblig.	102,90 G	do. do. 100,50 bz G	do. do. 100,50 bz G
do. do.	101,30 bz G	do. do. 98,60 bz	do. do. 98,60 bz
do. do.	96,20 G	do. do. 87,00 bz	do. do. 87,00 bz

Pfundbriefe.

Berliner	109,00 G	St.-Anl.	128,10 G
do.	104,50 G	do. do. 127,50 bz G	do. do. 127,50 bz G
do.	101,20 G	do. do. 125,25 ebz G	do. do. 125,25 ebz G
Landschaftl. Zentral	101,60 bz G	do. do. 123,00 bz G	do. do. 123,00 bz G
Kurz. u. Neumärk.	96,30 bz	do. do. 120,50 bz G	do. do. 120,50 bz G
do. neve	93,20 bz	do. do. 118,00 bz G	do. do. 118,00 bz G
do.	101,80 G	do. do. 116,50 bz G	do. do. 116,50 bz G
N. Brandenb. Kredit	92,40 G	do. do. 115,00 bz G	do. do. 115,00 bz G
Ostpreußische	101,40		